

Bayern – eine Metropolregion

Rede des stellvertretenden Landesvorsitzenden Bernhard Pohl auf der Landesdelegiertenversammlung am 28.04.2007 in Zusmarshausen

Das Bonner Grundgesetz von 1949, meine Damen und Herren, bekannte sich zur „Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“. Nicht in der Präambel oder in irgend einem Nebensatz, nein, dieses Gebot stellte die Rechtfertigung der weitgehenden Verlagerung der Gesetzgebungszuständigkeit von den Ländern auf den Bund dar. Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet war also das Ziel. 1994 wurde diese Vorschrift im Grundgesetz geändert. Nun lautet die Zielvorgabe „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“. Ein bloßes Wortspiel? Mitnichten! Selbst unser Bundespräsident Horst Köhler äußerte sich hierzu vor etwa drei Jahren unmissverständlich: Es gebe überall in Deutschland große Unterschiede in den Lebensverhältnissen. Wer sie einebnen will, zementiere den Subventionsstaat.

Der damalige Bundeskanzler Schröder meldete sich auf diese Äußerung Köhlers hin sofort zu Wort und betonte, man wolle selbstverständlich in ganz Deutschland gleiche Lebensverhältnisse schaffen. Das bedeute aber nicht eine Einebnung von Unterschieden. Er wolle die Gleichwertigkeit dadurch schaffen, dass er einige wenige Zentren fördern wolle, die als Metropolregionen kraftvoll in die Fläche hinaus ausstrahlen. Leuchttürme, deren Strahlkraft bis in die finstersten Ecken reicht.

Und genau damit, meine Damen und Herren, wusste er sich in vollster Übereinstimmung mit seinem einzigen Widersacher Edmund Stoiber und mit der von ihm geführten bayerischen Staatsregierung. Oberbayern als die Krönung der Schöpfung oder, wie ich es beim politischen Aschermittwoch ausgedrückt habe, als das Hätschelkind, das am Mittagstisch immer die besten Brocken kriegt, während die anderen, die Franken, Schwaben, Oberpfälzer und Niederbayern als die unehelichen Kinder in der Küche die Reste essen müssen. Ich bin ja gespannt, meine Damen und Herren, wie es denn wird, wenn Günther Beckstein als Vertreter eines dieser unehelichen Bezirke nun Ministerpräsident wird, wenn er es tatsächlich wird. So ganz das letzte Wort scheint hier ja noch nicht gesprochen zu sein. Aber wenn er es wird, wird er sich dann wirklich für ganz Bayern einsetzen, oder setzt er neben die Metropolregion München einen zweiten Leuchtturm mit Nürnberg, Fürth und Erlangen?

Gerade in einer Zeit, in der aufgrund der demographischen Entwicklung ein Rückgang der Bevölkerungszahlen auch im Freistaat Bayern mittel- und langfristig absehbar ist, können wir es uns nicht mehr leisten, dass die Metropolregion München und der sie umgebende Speckgürtel immer weiter wächst, während andere Teile unseres Landes aussterben. Das ist eine Politik gegen die bayerischen Regionen, gegen den ländlichen Raum, aber auch gegen die Ballungszentren, deren Menschen vom Verkehrsinfarkt bedroht sind und die Mieten nicht mehr bezahlen können.

Und ich muss mich schon wundern, wie die politischen Diskussionen in unserem Land hier laufen. Da reden wir von der Klimakatastrophe und diskutieren hundert sinnvolle und weniger sinnvolle Maßnahmen bis hin zu einem Tempolimit auf Autobahnen, aber kein Mensch kommt auf die Idee, das Verkehrsaufkommen durch die Pendlerströme oder den Verkehrsinfarkt in und um München zur Sprache zu bringen. Wieviel Schadstoffemissionen könnten wir vermeiden, wenn wir uns in Bayern um eine ausgewogene Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur kümmern würden. Aber das ist ja, zumindest derzeit, also von der regierenden CSU nicht gewollt. Unser Schlagwort, mit dem hier Wirtschaftspolitik betrieben wird, heißt „Greater Munich“, während in vielen ländlichen Gemeinden heute der Hausarzt verschwindet.

Auch die Beschneidung der Kilometerpauschale ist so eine Sache. Da setzt die Politik noch einen oben drauf! Anstatt wohnortnahe Arbeitsplätze zu schaffen, wird derjenige, der in seinem Heimatort wohnen bleibt und die Strapaze einer stundenlangen Anreise zur Arbeit jeden Tag auf sich nimmt, für dieses Versagen der Politik auch noch bestraft! Eine himmelschreiende Ungerechtigkeit und eine klare Benachteiligung der Regionen gegenüber den Zentren!

Aber auch die einzelnen Regionen in Bayern werden sehr unterschiedlich behandelt. Und wenn ich sehe, wie stiefmütterlich gerade Schwaben von der bayerischen Politik abgespeist wurde, dann hilft eigentlich nur noch Sarkasmus. Oberfranken, meine Damen und Herren, hat es noch schlimmer getroffen.

Es ist ohnehin erstaunlich, dass sich Schwaben bei diesen Startvoraussetzungen doch noch einigermaßen positiv entwickelt hat. Aber schauen Sie sich mal die Fakten an, auf welche schäbige Art die Staatsregierung eine noch weit bessere wirtschaftliche Entwicklung dieser Region verhindert hat.

Ich glaube, in ganz Deutschland gibt es keine Region dieser Größe, die eine schlechtere Straßenanbindung hat. Schauen Sie sich doch mal das Trauerspiel A 8 an: Die Autobahn von München über Augsburg nach Ulm und Stuttgart. Diese Autobahn ist chronisch überlastet. Seit Jahren ist es unbestritten, dass der Ausbau dieser Strecke zu den vordringlichsten Aufgaben beim Autobahnbau gehört. Und was passiert? Es ist nur noch zum Heulen! Und an diesem Beispiel können Sie übrigens sehen, wie glaubwürdig der Satz „Bayern ist Spitze“ tatsächlich ist. Fahren Sie über die Landesgrenze nach Baden-Württemberg, dort verläuft die gleiche A 8 von Ulm nach Stuttgart. Im übrigen etwa auf die gleiche Länge, nämlich 100 km. Und was sehen Sie da? Diese Autobahn ist zum größten Teil 6-spurig ausgebaut. Dabei haben die Württemberger ganz andere topographische Probleme, die es in Bayern nicht gibt: Den Aichelberg, den Drakensteiner Hang, die Geislinger Steige. Baden-Württemberg hat längst gehandelt, Bayern kündigt es nur an.

Das ist aber beileibe nicht das einzige unglaubliche Defizit im Straßenbau, unter dem unsere Region zu leiden hat. Kaufbeuren, immerhin die drittgrößte Stadt in Bayern südlich von München, ist die einzige kreisfreie Stadt in den alten Bundesländern, die keinen Autobahnanschluss besitzt. Wenn Sie von Kaufbeuren oder von Kempten nach Augsburg fahren wollen, müssen Sie sich endlos lang durch Kaufering quälen. Es ist doch logisch, dass dann viele den bequemeren Weg über die Autobahn nach München wählen.

Aber nicht nur der Straßenausbau lässt zu wünschen übrig. Auch die Bahnverbindungen könnten weitaus besser sein. Und erinnern Sie sich bitte daran, wie damals aus vordergründigen parteipolitischen Motiven heraus die ICE-Trasse von Nürnberg nach München gegen jede Vernunft über Ingolstadt und nicht über Augsburg geführt wurde. Eine ökologische Todsünde und ein Milliardengrab – und ein heftiger Schlag gegen Schwaben.

Auch bei der Luftverkehrsanbindung hat die Regionalpolitik kläglich versagt. Eine weitere Startbahn in München wäre überflüssig gewesen, wenn man beizeiten einen leistungsfähigen Luftlandeplatz zwischen München und Stuttgart installiert hätte, ob der nun in Mühlhausen oder in Lechfeld oder an einem dritten Standort gebaut worden wäre, darüber hätte man intensiv diskutieren müssen. Ein starker Schwaben-Airport, dazu noch der in Memmingerberg, und wir hätten auch hier exzellente Standortvoraussetzungen gehabt. Aber das ist ja nicht gewollt! Viel wichtiger ist es, in München eine weitere Startbahn zu bauen, um den Münchner Flughafen an Frankfurt vorbei zur Nr. 1 in Deutschland zu entwickeln! Da fällt mir in Anlehnung an die Stadionhymne des FC Bayern und dem Namen dieses Airports, Franz-Josef Strauß, eigentlich nur der Slogan ein: „Franz-Josef Strauß, forever number one. Ist das alles, was bayerische Landespolitik zu bieten hat?

Fusion und Konzentration – die Trendworte unserer Zeit. Gerade in der Wirtschaft habe ich manchmal den Eindruck, daß sich große Konzerne weniger um die Entwicklung und die Vermarktung ihrer Produkte, als vielmehr um das Auffinden von Fusionspartnern Gedanken machen. Wachstum und Konzentration als Unternehmenszweck statt Weiterentwicklung und Optimierung der eigenen Produktpalette. Die Folgen sind bekannt: Mehrwert und Gewinnsteigerung wird bei diesen Unternehmen nicht durch Errungenschaften in Forschung und Entwicklung erreicht, sondern durch Personalabbau. Ich denke, ich bin sicher nicht verdächtig, sozialistischem Gedankengut nachzuhängen, ganz sicher nicht! Aber wenn der Chef der Deutschen Bank, wenn der Konzernvorstand der Allianz auf Rekordgewinne mit Personalreduzierung reagiert, selber aber Jahr für Jahr mehr Millionen für seine Tätigkeit einstreicht, dann kann etwas nicht in Ordnung sein. Ich neide dem Herrn Ackermann sein Managergehalt nicht. Aber ich wehre mich dagegen, den wirtschaftlichen Erfolg eines Unternehmens an der Spitze zu konzentrieren und so zu tun, als ob die Mitarbeiter hieran keinen Anteil hätten.

Und dieser Konzentrationsmaxime, meine Damen und Herren, hängt auch die CSU nach. Man will ja im Trend sein! Aber ist das Politik, die unser weiterbringt? Blind irgend welchen Trends, einem Zeitgeist nachzulaufen? Nein! Politik muss gestalten, Politik muss Akzente setzen! Und ich verlange von der bayerischen Landespolitik, dass sie sich ihrer Verantwortung für ganz Bayern, nicht nur für die Metropolregion München bewusst wird. Bayern ist ein Flächenstaat, Bayern ist nicht bloß eine Metropolregion und außen herum liegt Bayerisch-Sibirien!

Aber dafür, meine Damen und Herren, muss man auch etwas tun, muss man auch etwas verändern. Die Benachteiligung Schwabens und auch anderer Regionen in Bayern bei der Verkehrsinfrastruktur habe ich bereits angesprochen. Aber der Freistaat Bayern muss sich endlich auch um die Folgen der von der CSU vorangetriebenen Privatisierung und Liberalisierung kümmern. Denn auch die Privatisierung verschärft die Unterschiede zwischen den Zentren und dem ländlichen Raum. Man sagt ja immer, Liberalisierung, also der Abbau von Ordnungsvorschriften, nutze dem Verbraucher. Aber welchem Verbraucher? Privatisierung und Liberalisierung führt dort zu Preissenkungen, wo auch tatsächlich Wettbewerb ist. Und Wettbewerb ist dort, wo auf engstem Raum Bevölkerung und Wirtschaft konzentriert ist, also in den Metropolregionen. Im ländlichen Raum lohnt sich der Wettbewerb vielfach nicht.

Ein markantes Beispiel ist die Versorgung Bayerns mit DSL. Diese schnellen Internetzugänge sind ein wesentlicher und wichtiger Faktor für die Ansiedlung von Unternehmen. Die Telekom, die für die DSL-Versorgung zuständig ist, argumentiert natürlich wirtschaftlich. Im ländlichen Raum ist es teuer und schwierig, DSL flächendeckend zur Verfügung zu stellen. Das leuchtet ein. Und der Telekom den schwarzen Peter zuzuschieben, ist wahrlich ungerecht. Die Telekom hat keine Verantwortung für regionale Wirtschaftspolitik, die Telekom ist ein Wirtschaftsunternehmen. Wenn man aber die Dienstleistungen der früheren Deutschen Bundespost privatisiert und durch die Privatisierung nicht unerheblich Geld verdient, dann ist es Aufgabe des Staates, durch regionale Wirtschaftsförderung und durch Einsatz von Geld zu verhindern, dass ganze Landstriche von dieser Technologie weitgehend abgeschnitten werden. Aber Erwin Huber will davon nichts wissen. Die Privatisierungserlöse hat man gerne mitgenommen, die Verantwortung für den ländlichen Raum, die Verantwortung für ganz Bayern, hat man aber vermeintlich gleich mit abgegeben. So läuft es nicht, Herr Huber! So läuft es nicht Herr Beckstein! So läuft es nicht Herr Stoiber!

Fast sollte man sich wünschen, dass Edmund Stoiber seine politische Karriere als Bürgermeister von Oberaudorf fortsetzt, dann lernt er mal die Probleme der kleinen Gemeinden und der ländlichen Regionen hautnah vor Ort kennen. Aber leider hindert ihn daran das Erreichen der Altersgrenze.

Andere Bundesländer sehen sich hier in ihrer staatlichen Verantwortung für die Wirtschaftsförderung. Bayern steht außen vor. Ist das der Preis, den wir in Bayern für einen ausgeglichenen Haushalt zahlen müssen? Es kann nicht angehen, dass für die Beseitigung dieser offensichtlichen Ungerechtigkeit, dieser offensichtlichen Unzulänglichkeit bayerischer Landespolitik wieder die Kommunen zur Kasse gebeten werden, die sich dann bei der Telekom an den Kosten zu beteiligen haben.

Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, setzen sich die Freien Wähler auch für eine dezentrale Wirtschaftsförderung ein. Wir wollen die Zusammenlegung der sieben Regierungen mit den Bezirken unter der Verantwortung eines Bezirksparlaments mit einem vom Volk gewählten Bezirkspräsidenten. Hier soll eine maßgebliche Zuständigkeit für die regionale Wirtschaftsförderung geschaffen werden. Jeder Bezirk soll den ihm zustehenden Anteil am Gesamtbudget des Freistaats für Wirtschaftsförderung und weitgehend in eigener Verantwortung darüber entscheiden, welche Projekte und was für die Region wichtig und gut ist. So schaffen wir Gerechtigkeit für alle Regionen!

Wir Freie Wähler stehen tatsächlich für den Erhalt unserer bayerischen Heimat, für den Erhalt des ländlichen Raums, unserer Städte und auch für eine lebens- und lebenswerte Metropolregion München. Ohne Verkehrsinfarkt, mit bezahlbaren Mieten und im ländlichen Raum mit wohnortnahen Kindergärten sowie Grund- und Hauptschulen. Dass diese Strukturen erhalten bleiben und gestärkt werden, dass wohnen und arbeiten vor Ort kein frommer Wunsch bleibt, dass ganz Bayern lebenswert bleibt und eine Chance hat, dafür setzen sich die Freien Wähler durch eine gerechte und sinnvolle Regionalpolitik ein. Bayern braucht auch hier eine Blut-auffrischung, Bayern braucht auch hier neue Impulse und neue Ideen. Deshalb **FREIE WÄHLER!**

Ich danke Ihnen